

STAATSCHEF DANIEL ORTEGA IM ABSEITS

Entsetzen über den einstigen Liebling

MATTHIAS KNECHT,
MANAGUA

Daniel Ortega lief wieder einmal zu revolutionärer Hochform auf: «Schmeissfliegen» seien sie, «Kolonialisten» und ausserdem «Invasoren», wettete er vor zehn Tagen, über die Geldgeber aus Europa, zu denen auch die Schweiz gehört. Seine groben Beschimpfungen endeten mit der Feststellung des früheren Guerillakämpfers: «Sie nehmen sich wieder einmal das Recht, uns zu kritisieren, nur weil sie uns ein paar Kleinigkeiten geben – was sie dann Hilfe nennen.»

Seit dieser Rede des einstigen Guerillakämpfers ist das Land in heller Aufregung. Linke und rechte Oppositionspolitiker übermitteln Europas Diplomaten Entschuldigungsschreiben für ihren Präsidenten – sie gehen davon aus, er sei geisteskrank. Leserbriefschreiber und Fernsehkommentatoren überbieten sich in Schwarzmalerei und Untergangsszenarien für Nicaragua. Denn unter den Ökonomen herrscht Konsens: Sollten sich Europas Entwicklungshelfer nach diesem Affront zurückziehen, ist das Land pleite.

Unmut über autoritären Kurs

Die «Kleinigkeiten», über die sich Ortega ausgelassen hat, sind mehr als 500 Millionen US-Dollar. Gelder, die das verarmte mittelamerikanische Land jährlich an staatlicher Entwicklungshilfe erhält. Das entspricht einem Drittel des nicaraguanischen Staatsbudgets. Aufgebracht werden die Mittel im wesentlichen von zwölf europäischen Ländern und der EU-Kommission, ausserdem von Kanada, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank. Die Schweiz ist daran mit 15 Millionen Franken jährlich beteiligt.

Die Hilfe aus Europa ist wie üblich an Bedingungen geknüpft, zu denen auch die Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien gehört. Seit Ortega Anfang 2007 an die Macht zurückkehrte, wächst darum bei einigen Gebern der Unmut über dessen zunehmend autoritären Kurs. «Es herrscht grosse Besorgnis unter der Gebergemeinschaft», sagt ein europäischer Diplomat in Managua.

Seit Anfang Jahr kommt die Opposition in Nicaragua zunehmend unter Druck. Mittel dazu sind die Wahlbehörde und die Justiz, beide unter Kontrolle von Ortegas

Eineinhalb Jahre nach seiner zweiten Wahl häufen sich die Probleme von Nicaraguas Präsident Daniel Ortega: Im Land wird protestiert, und die europäischen Geldgeber verlangen demokratische Spielregeln. Ortega reagiert mit groben Beschimpfungen, er verlässt sich auf die sozialistische Bruderhilfe von Hugo Chavez.



Präsident Ortega, der Kaiman, und seine Frau sollen nach Venezuela abhauen, forderten **Demonstranten in Managua** am Freitag. KEY

sandinistischen Partei. Sie verboten Ortegas politischem Hauptkonkurrent Eduardo Montealegre, die liberale Partei zu führen; sie verschoben die anstehenden Gemeindevahlen in den Bezirken, in denen eine Niederlage der sandinistischen Kandidaten drohte; und schliesslich entzog die nicaraguanische Wahlbehörde am 11. Juni zwei Oppositionsparteien, den Konservativen und der Sandinistischen Erneuerungsbewegung

(MRS), die Rechtspersönlichkeit. Beide Parteien können damit nicht bei den Kommunalwahlen im November und bei der Präsidentschaftswahl 2012 antreten.

Protest der Geberorganisationen

Mehrere tausend Menschen demonstrierten am vergangenen Freitag in Managua gegen Ortegas Regierung, darunter viele einstige Weggefährten. «Nein zur Diktatur», skandierten sie, und «Der Kaiman

soll verschwinden». Revolutionsbarde Carlos Mejia Godoy verbot Ortega das Abspielen seiner Lieder, und die ehemalige Guerillera Dora Maria Tellez trat in einen Hungerstreik. Rückhalt bekam sie von Persönlichkeiten, die einst die sandinistische Revolution unterstützt hatten, darunter Bianca Jagger, Salman Rushdie und Noam Chomsky.

Das «Parteienverbot» ging auch den Geberländern zu weit. In einer gemeinsamen Erklärung äusserten

die europäischen Geber in Managua am 20. Juni ihre «schwere Besorgnis» über die «Reduktion demokratischer Freiräume». Weiter heisst es in der auch von der Schweiz mitgetragenen Erklärung: «Die Erfüllung der grundlegenden Prinzipien ist entscheidend für den Erfolg und die Zukunft unserer Zusammenarbeit.» Das lässt sich auch als versteckte Drohung verstehen: ohne Demokratie keine Entwicklungshilfe.

«Ortega interessiert es nicht, wenn ein Teil der Entwicklungshilfe wegfällt», sagt der Ökonom Adolfo Acevedo in Managua. Der Grund dafür sei, dass der einstige Revolutionär Ortega einen neuen Geldgeber gefunden habe, Venezuelas Präsident Hugo Chavez. Der Vorreiter des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» versorgt Nicaragua mit verbilligtem Öl und anderen Leistungen. Den Wert dieser Hilfe schätzen Experten auf rund 520 Millionen Dollar – mehr also als die Hilfe aus Europa.

Allerdings geht diese Rechnung nur für Ortega auf, nicht aber für das Volk. «Die venezolanische Hilfe bringt den gewöhnlichen Leuten nichts», sagt der Polit-Analyst Javier Melendez, Direktor des Instituts für strategische Studien und öffentliche Politik in Managua. Denn die Gewinne aus dem Ölgeschäft erscheinen nirgends in Nicaraguas Staatshaushalt. Sie werden über dem Präsidenten nahestehende Unternehmen nach dessen Gutdünken verteilt, vorzugsweise an Anhänger der sandinistischen Partei.

Die Konkurrenz aus Venezuela sei es denn auch, welche die Geldgeber aus Europa in Wirklichkeit erzürne, sagt Melendez. Denn seit Jahren arbeiten die Geber auf transparente öffentliche Finanzen hin – unter massgeblicher Beteiligung der Schweiz. Nun müssten sie zusehen, wie unter Ortega ein «institutionelles Wirrwarr» und die «Vermischung von Staat und Partei» immer schlimmer würden. Für Melendez ist klar: «Die internationalen Geber sind unzufrieden damit, wie die Regierung die ausländische Hilfe verwaltet, insbesondere diejenige aus Venezuela.»

Anzeige von Weggefährten

Besorgnis über Ortegas enge Verbindungen zu Venezuela meldeten auch die Reformsandinisten (MRS) an. Die sozialdemokratisch ausgerichtete Partei setzt sich aus früheren Gefährten Ortegas zusammen und erfreut sich steigender Beliebtheit. MRS-Politiker zeigten Ortega am 10. Juni wegen Veruntreuung an und forderten Aufklärung über den Verbleib der Petrodollars.

Doch das war das Todesurteil für die MRS. Am Tag darauf wurden sie von der Wahlbehörde von der Liste der erlaubten Parteien gestrichen. Und Ortega lief einmal mehr verbal zu revolutionärer Hochform auf: Er bezeichnete die MRS-Politiker als «Feinde des Volkes».

VOM REVOLUTIONÄR ZUM DIKTATOR

Liebling der Entwicklungshilfe

Mit dem Revolutionär Ortega begann der Aufstieg Nicaraguas zum bevorzugten Empfängerland europäischer Entwicklungshilfe.

«Nicaragua ist ein privilegiertes Land, was die Entwicklungshilfe betrifft», sagt in Managua der Ökonom Adolfo Acevedo und rechnet die Zahlen vor. 17 Milliarden US-Dollar erhielt das Land seit 1979 von der internationalen Gemeinschaft an Hilfszahlungen und Schuldenerlassen. Derzeit betragen die Hilfsgelder rund 100 US-Dollar pro Kopf und Jahr. «Das ist ein Mehrfaches dessen, was die wesentlich ärmeren Länder Schwarzafrikas erhalten», sagt Acevedo.

Der Aufstieg Nicaraguas zum Liebling der internationalen Hilfe begann mit der sandinistischen Revolution von 1979 und dem Sturz des Diktators Anastasio Somoza.

Mit dem Comandante Daniel Ortega an der Staatsspitze und dem katholischen Priester Ernesto Cardenal als internationalem Aushängeschild gewann die junge Revolutionsregierung weltweit Sympathien. Tausende von Europäern zogen als freiwillige Helfer in das mittelamerikanische Land.

Doch die von den USA finanzierten Gegenrebellen, die Contras, zwangen Nicaragua in einen verlustreichen Bürgerkrieg. Hinzu kam die chaotische Wirtschaftspolitik Ortegas. 1990 betrug die Inflation 30000 Prozent und die Staatsschuld 12,5 Milliarden Dollar. Im selben Jahr verlor Ortega die Wahlen – aber nicht die Macht.

Ortega wird Unternehmer

Es folgten 16 Jahre konservative Regierungen, in denen der Internationale Währungsfonds (IWF) Anpassungsprogramme mit umfangreichen Privatisierungen durchsetzte. Ortega war dabei laut dem

Ökonomen Acevedo der entscheidende Faktor. Der Sandinistenchef sorgte über seine immer noch mächtige Partei dafür, dass grössere Proteste gegen das IWF-Programm ausblieben. Dafür beteiligte Ortega sich und seine Parteigenossen an den Privatisierungserlösen. Aus den Revolutionären wurden Unternehmer, die bis heute Teile der nicaraguanischen Wirtschaft kontrollieren.

Ende 2006 gewann Ortega wieder die Präsidentschaftswahlen. Seither habe sich der Sandinistenchef eine «enorme Machtkonzentration» aufgebaut, sagt Acevedo. Zusammen mit den Konservativen kontrolliert er Justiz und Wahlbehörde, alleine herrscht er über Armee und Polizei – und schränkt die Opposition zunehmend ein. Heute ist Nicaragua nach wie vor das zweitärmste Land des amerikanischen Kontinents – hinter Haiti. Fast die Hälfte seiner 5,3 Millionen Einwohner gilt als arm. (mkm)

GEBER IN SCHWIERIGER ROLLE

Wertschätzung für Schweiz

Die Schweiz verteidigt ihr Engagement in Nicaragua – ungeachtet der Beschimpfungen durch den Präsidenten.

Die Frage stellt sich dringend: Wie sinnvoll ist ein Engagement, wenn es vom Präsidenten des Empfängerlandes offensichtlich geringgeschätzt wird? Peter Bischof, Vertreter der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) in Zentralamerika, reagiert sehr nüchtern auf den Entrüstungssturm in Nicaragua. «Die Äusserungen des Präsidenten stellen die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit nicht in Frage», sagt er.

15 Millionen Franken investiert die Deza dieses Jahr in Nicaragua. Vieles davon fliesst in typisch schweizerische Projekte: Trinkwasserversorgung, kleine Wasserkraftwerke, Katastrophenvorsorge, Förderung von Kleinunternehmen oder auch die Stärkung der Gemein-

destrukturen. «Wir erfahren im Alltag eine grosse Wertschätzung», sagt Bischof. Selbstbewusst fügt er hinzu: «Ich denke, dass wir in Nicaragua einen signifikanten Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.»

Positionsbezug ist schwierig

Wie weit das Engagement der Geberorganisationen gehen darf, ist derzeit Diskussionsthema in Nicaragua. An einem Treffen am 20. Juni kritisierten sie gemeinsam die «Reduktion demokratischer Freiräume» im Land – und handelten sich prompt grobe Beleidigungen durch Präsident Ortega ein. Begrüsst wurde die auch von der Schweiz mitgetragene Erklärung hingegen von grossen Teilen der Medien sowie von der Opposition. Sie spricht längst von einer «institutionellen Diktatur» in Nicaragua.

Stellungnahmen der Geber seien immer eine Gratwanderung, sagt Bischof. Als Geber wolle man zwar einen Beitrag zur Überwin-

nung von Problemen der Regierungsführung leisten. Zugleich dürfe man sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen. «Wir können und wollen nicht die Rolle der Opposition spielen», sagt Bischof.

Zu den Voraussetzungen der Schweizer Hilfe gehören unter anderem die Beteiligung der Bürger im Empfängerland, aber auch die transparente Mittelverwendung. «Wir haben klar gesagt, dass wir hier Fortschritte wünschen», sagt Bischof zur gemeinsamen Position der Schweiz und der weiteren Geberländer. Sollten diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben sein, müsse man eben über eine andere Form der Zusammenarbeit nachdenken.

Keine Alternative ist für Bischof das Zurückfahren der Entwicklungshilfe. Er sagt: «Das würde nur die ärmere Bevölkerungsgruppe treffen.»

Matthias Knecht, Managua